
Xosé-Manoel Núñez

Die Diktatur vergessen, um die Nation zu retten: Das historische Gedächtnis und der „neopatriotische“ Diskurs in Spanien*

Fast 30 Jahre nach dem Tod Francos und nach der Demokratisierung Spaniens ist die Frage nach der Existenz eines spanischen Nationalismus zum Gegenstand einer Debatte zwischen Sozialwissenschaftlern einerseits und Politikern und Intellektuellen andererseits geworden, eine Debatte, die auch in der Öffentlichkeit eine Projektion hat. Dabei fällt auf, dass das Bestehen von peripheren Nationalbewegungen, die das Konzept Spaniens als „gemeinsames und unteilbares Vaterland der Spanier“ (wie es die Verfassung von 1978 formuliert) ablehnen, im Allgemeinen akzeptiert wird, und selbst die Vertreter der peripheren Nationalbewegungen (Basken, Katalanen und Galicier) lehnen es nicht ab, als *Nationalisten* bezeichnet zu werden. Im Folgenden verwende ich den Begriff *Nationalismus* nicht als Verherrlichung einer ethnischen und essentialistischen Vorstellung der Nation gegenüber dem Konzept der Staatsbürgerschaft im demokratischen Sinn, das heißt, als Synonym von ultrakonservativen Positionen, die zum Rechtsextremismus tendieren, wie man den Begriff im allgemeinen im deutschen wissenschaftlichen Sprachraum versteht. Vielmehr verwende ich ihn im Sinne der Annahme, dass es ein Kollektiv gibt, das sich als Nation definiert und das damit zum Träger von kollektiven politischen Rechten wird, die sich im Recht auf Selbstbestimmung ausdrücken. Dennoch wird in Spanien die Bezeichnung „Nationalist“ in politischen Kreisen von den meisten Parteien und Intellektuellen abgelehnt, Gruppen, die aber dennoch die folgenden grundlegenden Positionen vertreten:

a) Sie teilen die Vorstellung, dass Spanien eine Nation ist und deswegen das alleinige Subjekt der Souveränität darstellt;

b) Sie sind der Meinung, dass das Konzept Spaniens als Nation nicht allein auf der demokratischen Verfassung von 1978 beruht, sondern dass Spanien als Gemeinschaft auf einer gemeinsamen Geschichte gründet, die mindestens ins 15. Jahrhundert zurückreicht. Daraus folgt, dass der *Demos*,

* Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der auf der Tagung *Diktaturbewältigung, Erinnerungspolitik, Geschichtskultur – Polen und Spanien im Vergleich*, Breslau/Kreisau, 12-15 Juni 2003, gehalten wurde.

der die Reichweite des Gebietes definiert, in dem die Souveränität ausgeübt wird, durch scheinbar objektive Faktoren *vorherbestimmt* ist, so wie es auch explizit in der Verfassung niedergelegt wurde;¹ und

c) Sie lehnen die Möglichkeit einer friedlichen und demokratisch legitimierten Abtrennung derjenigen Teile des spanischen Territoriums ab, in denen ein nationales Bewusstsein vorherrscht, das sich von dem spanischen unterscheidet.

Doch es gilt nicht als nationalistisch, sondern als patriotisch, diese Postulate zu vertreten. Allerdings hat der politische und öffentliche Diskurs, der den größten Teil des politischen Spektrums in Spanien beherrscht, diesen *Patriotismus de facto* verdeckt.

1. Die Wiedergeburt des spanischen Patriotismus

Die relative Unsichtbarkeit des spanischen Patriotismus/Nationalismus (Begriffe, die in diesem Text synonym verwendet werden) demokratischer Prägung hatte viel mit dem Gewicht des spanischen Bürgerkrieges und des Franquismus im öffentlichen Bewusstsein zu tun. Die Unsichtbarkeit – nicht gleichzusetzen mit Inexistenz – des spanischen Nationalismus nach 1975 ließ sich auf folgende Ursachen zurückführen:

a) Der spanische Patriotismus war aufgrund seiner symbolischen und diskursiven Aneignung durch das franquistische Regime delegitimiert.

b) Dagegen fanden die politischen und kulturellen Positionen der peripheren Nationalismen, denen sich im Prinzip auch die Mehrheit der antifranquistischen Linken anschloß, eine zusätzliche Legitimation als (Quasi-)Synonym für den demokratischen Antifranquismus. „Freiheit, Amnestie und regionale Autonomie“ war ein typisches Motto der antifranquistischen Opposition, und ähnlich wie in manchen Teilen Ostmitteleuropas wurden die Nationalbewegungen zum Träger demokratischer Forderungen.

c) Im Unterschied zu anderen europäischen Staatsnationalismen nach 1945 fehlte ein zentrales Element, das in Spanien zur Wiederbegründung einer demokratischen nationalen Gemeinschaft hätte beitragen können: ein antifaschistischer Konsens, der als ein relegitimierender Mythos hätte wirken können.² Statt dessen bildete sich kein gemeinsames patriotisches

1 X. Bastida, *La nación española y el nacionalismo constitucional*, Barcelona 1998.

2 Zum Vergleich mit anderen Staaten Westeuropas, vgl. P. Lagrou, *Die Wiedererfindung der Nation im befreiten Westeuropa. Erinnerungspolitik in Frankreich, Belgien und den Niederlanden*, in: *Transit. Europäische Revue* 15 (1998), S. 12-28; B. Strath (Hrsg.), *Myth and Memory in the Construction of Community. Historical Patterns in Europe and Beyond*, Brüssel u. a. 2000, und Ch. Cornelissen, *Nationale*

Gedächtnis heraus, da die verschiedenen politischen Kräfte keine miteinander versöhnbaren Versionen eines historischen Gedächtnisses an den Bürgerkrieg und an den Franquismus fanden. Ganz im Gegenteil blieb es bei einer fragmentierten historischen Erinnerung, eine Dichotomie, die schon in ganz ähnlicher Form im frühen 19. Jahrhundert das Verhältnis zwischen Liberalen und Verfechtern des Ancien Régimes, und später zwischen dem gemäßigten und dem demokratischen Flügel des spanischen Liberalismus geprägt hatte. Wieder standen sich zwei völlig gegensätzliche Interpretationen sowohl der weiter zurückliegenden Epochen als auch der jüngsten Vergangenheit gegenüber.

Der spanische Nationalismus – oder, wenn man will, der spanische patriotische Diskurs – stand nach 1975 in der Tat vor einer vierfachen Herausforderung. *Erstens* musste er seine historische Legitimität wiedergewinnen, und zwar nicht nur in bezug auf die jüngste Vergangenheit, sondern auch hinsichtlich der weiter zurückliegenden Epochen. *Zweitens* war es notwendig, die ethnokulturelle Vielfalt Spaniens als ein konstitutives und unabdingbares Element der spanischen Nation anzuerkennen. Dies erforderte eine Relativierung des Leitbildes der ethnokulturellen Homogenität Spaniens, um den Diskurs und die Praxis den neuen institutionellen und politischen Realitäten anzupassen, die mit dem Staat der Autonomen Gemeinschaften entstanden waren.³ *Drittens* brauchte man eine Antwort auf die anhaltende Herausforderung durch die peripheren Nationalbewegungen, die nicht nur ihren Anspruch auf Autonomie oder Selbstbestimmung aufrecht erhielten, sondern die im Zuge ihrer sozialen und politischen Konsolidierung die Latte ihrer Forderungen mehrfach höher legten. Und all dies musste *viertens* mit den Folgen der Eingliederung Spaniens in den Prozess der europäischen Einigung vereinbart werden, das heißt, mit der Tatsache, dass die spanische Zentralregierung de facto einen Teil der nationalen Souveränität an Brüssel würde abtreten müssen.

Die Antworten des spanischen patriotischen Diskurses von rechter wie von linker Seite fielen verschiedenartig aus,⁴ doch ganz allgemein teilte das

Erinnerungskulturen seit 1945 in Vergleich, in ders./L. Klinkhammer/W. Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a. M. 2003, S. 9-27.

3 Vgl. P. Kraus, *Nationalismus und Demokratie. Politik im spanischen Staat der Autonomen Gemeinschaften*, Wiesbaden 1996.

4 Vgl. X. M. Núñez, *What is Spanish nationalism today? From legitimacy crisis to unfulfilled renovation (1975-2000)*, in: *Ethnic and Racial Studies* 24 (2001), H. 5, S. 719-52.

gesamte demokratische Spektrum, Konservative und Sozialisten, folgende Grundsätze:

a) Für die Vertreter des patriotischen Diskurses entstand Spanien im Verlauf seiner Geschichte als historische Realität, und zwar mindestens seit der Frühen Neuzeit, das heißt seit dem Ende der *Reconquista* (die Rückeroberung des iberischen Territoriums durch die christlichen Könige) am Ende des 15. Jahrhunderts.

b) Die ethnokulturelle Vielfalt bildete einen Teil des neuen Konzepts der spanischen Nation, obwohl die Grenzen der Akzeptanz dieser Vielfalt variierten und nicht klar definiert wurden. Trotzdem gab es in der spanischen Öffentlichkeit immer noch Schwierigkeiten, sich eine multikulturelle Vision des eigenen Landes zu eigen zu machen; letztlich formulieren diejenigen, die die kulturelle Einheit Spaniens betonten, ihre Argumente nur in einer anderen Weise, um sie in der demokratischen Debatte akzeptabler erscheinen zu lassen.⁵

c) Die Anerkennung der Verfassung von 1978 implizierte einen pluralistischen und offenen Patriotismus, der sich auf die Verteidigung der individuellen Freiheiten berief. Außerdem verfügte er gegenüber den ständigen Ansprüchen der peripheren Nationalbewegungen über eine neue Legitimität, da sich mit seiner Hilfe diese Bewegungen als im Kern ethnozentristisch, gewaltvoll und sogar tendenziell undemokratisch denunzieren ließen. Dennoch blieb auch bei den Verfechtern des spanischen Patriotismus eine gewisse Unsicherheit in bezug auf die Akzeptanz der *formalen Symbole* des spanischen Patriotismus, soweit sie denjenigen des franquistischen Nationalismus ähnelten (zum Beispiel die rot-gelbe Fahne, die bis 1977 die Flagge der Monarchisten und der Rechten gewesen war, oder die Nationalhymne, die die Musik der ehemaligen monarchistischen Hymne übernahm, doch ohne den Text, der unter dem Regime Francos hinzugefügt worden war), während man das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur spanischen Nation mit dem Einsatz von informellen Symbolen in den Massenmedien unterstützte (Sport, Freizeitveranstaltungen, usw.), Symbolen, die insofern wirkungsvoll waren, als sie nicht durch eine Instrumentalisierung durch den Franquismus „gezeichnet“ waren.

Dieser Diskurs hatte seinerseits verschiedene Varianten. Bei den Linken ließ er sich idealtypisch folgendermaßen skizzieren:

5 So wird zum Beispiel die Vorrangstellung der spanischen Sprache nicht mehr als Ausdruck der Essenz der Hispanität eingefordert, sondern sie wird mit den Gesetzen des Marktes begründet, mit der Bedeutung und Unverzichtbarkeit des Spanischen als Weltsprache.

Den Ausgangspunkt bildete das Beharren auf einer Art Verfassungspatriotismus (*patriotismo constitucional*), einer etwas forcierten Adaptation des deutschen Begriffs von Dolf Sternberger und Jürgen Habermas, in Kombination mit dem Konzept Friedrich Meineckes von der Trennung zwischen Kulturnation (*nación cultural*) und Staatsnation (auf spanisch wörtlich übersetzt als *nación política*, politische Nation). Die Unterscheidung zwischen der politischen und der kulturellen Nation gipfelte ihrerseits in der Schlussfolgerung, dass Spanien eine „Nation aus Nationen“ [*nación de naciones*] sei, in der jedoch nur die *Staatsnation* über Souveränität verfüge. Nach dieser Lesart war die spanische Nation plural in bezug auf die ethnokulturellen Elemente, während sie im engen Sinne nur eine einzige *politische* Nation darstellte.

Auf der theoretischen Ebene stellte auf Seiten der Linken niemand den plurikulturellen Charakter des Staates in Frage, zumal da die Betonung der europäischen Berufung Spaniens es gleichzeitig möglich machte, die internen Probleme der nationalen Kohäsion Spaniens in einer breiteren Realität aufzulösen. Allerdings erwies sich dieses Konzept des spanischen „Verfassungspatriotismus“ langfristig als unzureichend, da es nicht genügend „emotionale“ Elemente anbot, um eine gesellschaftliche und vor allem eine *nationale* Kohäsion der spanischen Gemeinschaft zu gewährleisten.⁶ Aus diesem Grund trat in dieser Debatte das Thema der spanischen Geschichte immer stärker in den Vordergrund, da man erwartete, mit dem Rekurs auf die Geschichte neue emotionale Bindungen aufzubauen. Doch ähnlich wie im 19. Jahrhundert (als die Liberalen das Goldene Zeitalter der frühneuzeitlichen Habsburgermonarchie als „unspanisch“ und despotisch ablehnten, während die Traditionalisten das Weltreich als die glorreichste Epoche der spanischen Geschichte bezeichneten) stellte sich das Problem: *Welche* Geschichte? Wie weit musste man zurückgehen, um auf eine Vergangenheit zu stoßen, die von allen politischen Gruppen positiv bewertet und als legitimierendes Fundament für die Zukunft akzeptiert werden konnte?⁷

In den 1980er Jahren konnte die spanische Linke mit Hilfe des oben skizzierten Diskurses zunächst darauf verzichten, den Bürgerkrieg und den Franquismus „auszugraben“. Ganz grundsätzlich standen ihre antifranquistische Vergangenheit und ihre Herkunft aus dem Lager derjenigen, die im Jahr

6 Vgl. J. Aguado, Los límites del neopatriotismo, in: Claves de Razón Práctica 122 (2002), S. 41-46.

7 Vgl. P. Aguilar/C. Humleback, Collective Memory and National Identity in the Spanish Democracy: The Legacies of Francoism and the Civil War, in: History & Memory 14 (2002), H. 1-2, S. 121-64.

1939 besiegt worden waren, außer Zweifel. Doch um den Konsens der Jahre der Demokratisierung nicht zu gefährden, der auf dem Verzicht auf die Erinnerung an die Verlierer des Bürgerkrieges beruhte, sahen die sozialistischen Regierungen (1982–1996) davon ab, das historische Gedächtnis der Ereignisse der Kriegsjahre und der Diktatur in besonderer Weise zu pflegen. So jährte sich im Juli 1986 der Ausbruch der Bürgerkrieges zum fünfzigsten Mal, ohne eine besondere Resonanz in der Öffentlichkeit zu finden, abgesehen von einigen wissenschaftlichen Kongressen. Das erste sozialistische Kabinett erkannte zwar die Renten und andere Ansprüche der ehemaligen Mitglieder der republikanischen Armee an (Gesetz vom 22. Oktober 1984), doch es ging nicht so weit, deren Einsatz und deren Dienste für die Verteidigung der Republik auf der symbolischen Ebene zu würdigen. Statt dessen betonten auch die Sozialisten die Notwendigkeit, sich auf die Zukunft und auf die Berufung Spaniens im Prozess der europäischen Einigung zu konzentrieren und plädierten dafür, die alten Streitpunkte zu überwinden. Doch auch die Linke sah sich weiterhin mit dem Problem der franquistischen Delegitimation des patriotischen Diskurses konfrontiert, zum Beispiel im Umgang mit und in der Annahme der „ererbten“ Symbole des Franquismus, so dass sich ihr offizieller historischer Diskurs bei Gedenkfeiern und Ausstellungen bevorzugt auf weiter zurückliegende Epochen berief. Die historische Erinnerung an das Schicksal der Organisationen der Linken während des Bürgerkrieges, an ihre Anführer und ihre Mitglieder lag dadurch allein in den Händen der jeweiligen Parteien, während es keine öffentliche Institution gab, die das Andenken an die nicht parteipolitisch eingebundenen Akteure, an die Exilierten, die Opfer des Krieges und die Anarchisten bewahrte, abgesehen von einem künstlerisch-ästhetischen und historiographischen Diskurs.⁸ Die sozialistische Regierung konzentrierte sich statt dessen auf andere, publikumswirksame Gedenkfeiern, wie das fünfhundertjährige Jubiläum der Entdeckung Amerikas (1992, die Weltausstellung in Sevilla), ein Ereignis, das sie in einem positiven Sinn als ein neues Projekt der Verbrüderung mit Lateinamerika und der Verbreitung der spanischen Kultur in der Welt, als „Treffen zweier Welten“ zu reinterpretieren versuchte, ohne aber die ererbten Mythen über die Eroberung und Kolonisierung Amerikas grundsätzlich in Frage zu stellen. Um es anders zu formu-

8 W. Bernecker, *De la diferencia a la indiferencia. La sociedad española y la guerra civil (1936/39–1986/89)*, in: F. López Casero/W. Bernecker/P. Waldmann (Hrsg.), *El precio de la modernización. Formas y retos del cambio de valores en la España de hoy*, Frankfurt a. M. 1994, S. 63–79; F. Sevillano Calero, *La construcción de la memoria y el olvido en la España democrática*, in: Ayer 52 (2003), S. 297–319.

lieren: die präfranquistischen Leichen im Keller der spanischen Geschichte, d. h. die dunklen Seiten der eigenen Kolonialgeschichte, wurden nicht erwähnt und schon gar nicht revidiert. Ganz im Gegenteil, als es darum ging, einen neuen Nationalfeiertag zu bestimmen, der den franquistischen Gedenktag am 18. Juli, dem Tag des Ausbruchs des Bürgerkrieges, ersetzen sollte, entschied sich die sozialistische Regierung für den 12. Oktober, der an die Ankunft Kolumbus in Amerika erinnerte, anstatt den 6. Dezember auszuwählen, den Tag, an dem 1978 die neue Verfassung in einer Volksabstimmung angenommen worden war.⁹ Somit verzichteten die Sozialisten auf die Möglichkeit, eine Grundlage für eine völlig neue Legitimität der Nation zu legen, die sich durch eine spezifische Erinnerungskultur in Kraft hätte setzen lassen.¹⁰ Statt dessen bestärkten sie den sogenannten „Pakt des Schweigens“ der Transition.¹¹

Das galt in ganz ähnlicher Weise für die Pflege der Erinnerung an andere historische Persönlichkeiten, wie zum Beispiel an den König Carlos III und den aufgeklärten Absolutismus der Bourbonen in 18. Jahrhundert, den man als einen Spiegel des Projektes einer Modernisierung „von oben“ durch die sozialistische Regierung darstellte. Zudem gab es auch bei den politischen Kräften der Linken, nicht viel anders als bei den Konservativen, einen Prozess der selektiven und *gemäßigten* Aneignung des historischen Gedächtnisses der peripheren iberischen Regionalismen und Nationalismen, in deren Reihen es Persönlichkeiten gegeben hatte, die linke Positionen vertreten hatten ohne eine vollständige Unabhängigkeit vom spanischen Staat zu fordern, so dass sie sich in das historische Gedächtnis der gesamtspanischen Linksparteien integrieren ließen. Gleichzeitig erwachte das Interesse an der Tradition des spanischen Nationalismus/Patriotismus der liberalen Linken neu, angefangen beim Republikanismus des 19. Jahrhunderts bis hin zum Präsidenten der Zweiten Republik Manuel Azaña, aber auch an Persönlichkeiten, die sich dem liberal-demokratischen spanischen Nationalismus zuschreiben ließen, wie die Intellektuellen Salvador de Madariaga oder Américo Castro, die im Jahr 1939 den Weg in das Exil wählten. Allerdings setzte man sich von den pessimistischen Ausführungen dieser Intellektuellen ab, die von einer schicksalhaften Existenz zweier sich unversöhnlich gegenüberstehenden Spanien [*las dos Españas*] gesprochen hatten, eine Auffassung,

9 J. Vernet i Llobet, El debate parlamentario sobre el 12 de octubre, *Fiesta Nacional de España*, in: Ayer 51 (2003), S. 135-52.

10 Zur Bedeutung von Gedenkfeiern für die Bildung nationaler Identitäten, vgl. J. R. Gillis, *Commemorations. The Politics of National Identity*, Princeton, N. J. 1994.

11 P. Aguilar, *Memory and Amnesia. The Role of the Spanish Civil War in the Transition to Democracy*, Oxford 2002 [spanische Ausgabe 1996].

die seit den 1980er Jahren nach dem erfolgreichen Verlauf der Transition als überwunden galt. Die „zwei Spanien“ gehörten dieser Lesart zufolge der Vergangenheit an, so dass man die Tradition des liberalen Nationalismus in den offiziellen Diskurs einfließen lassen konnte: das „Problem Spaniens“ existierte demzufolge nicht mehr.

Diese Situation änderte erst ab 1996, als die konservative Volkspartei (*Partido Popular*, PP) nach der Wahlniederlage der sozialistischen Partei (PSOE) die Regierung übernahm, und ganz besonders seit 1999/2000.¹² Zum einen hatte der sogenannte Pakt des Schweigens zwischen dem historischen Gedächtnis der Linken und dem der neuen Regierungspartei ein Ende. Zum anderen führten die Versuche der Rechten, ein demokratisches historisches Gedächtnis der Nation aufzubauen und aus ihrer Perspektive die den Linken eigene Erinnerung neu zu deuten, ebenfalls zu einer Rückwendung hin zum Bürgerkrieg und zum Franquismus. So stieß die Erinnerung an das Exil von 1939 auf ein ganz neues Interesse: Die Ausstellung, die die dem PSOE nahestehende Stiftung *Pablo Iglesias* im Jahr 2002 eröffnete, erregte deutlich mehr Aufmerksamkeit als eine andere, von derselben Stiftung im Jahr 1989 organisierten. Ebenso wurde der repressive Charakter des frühen Franquismus von akademischen Kreisen neu entdeckt und genauer erforscht. Dabei gab die Weigerung des PP, das franquistische Regime zu verurteilen und die von der Diktatur ererbten Symbole, wie zum Beispiel Straßennamen und Denkmäler zu ersetzen,¹³ der Pendelbewegung noch zusätzlichen Antrieb. Auch das politische Interesse der spanischen Linken, zusammen mit den peripheren Nationalbewegungen die breite antifranquistische Koalition der 1970er Jahre neu zu beleben, diesmal mit einer Stoßrichtung gegen die Regierung des PP, führte dazu, dass das gemeinsame historische Gedächtnis des Bürgerkrieges und des Franquismus im politischen Diskurs an Gewicht gewann. Die Tatsache, dass die peripheren Nationalbewegungen die Erinnerung an den Bürgerkrieg und an ihren Widerstand gegen die franquistische Diktatur besonders pflegten – nicht zuletzt, um ihre Ansprüche auf Selbstbestimmung zusätzlich zu legitimieren – eröffnete eine

12 Vgl. C. Humlebæk, *Rethinking Spain: Continuities and ruptures in national discourse after Franco*, Phil. Dissertation, Europäisches Hochschulinstitut Florenz 2004.

13 In mehr als zehn Prozent der spanischen Gemeinden lässt sich im Verzeichnis der Strassennamen eine Straße nachweisen, deren Namen direkt an den ehemaligen Diktator Francisco Franco erinnern. Am 11. April 2002 weigerte sich die Fraktion der PP im Madrider Landtag, die Straßen mit Namen, die an Persönlichkeiten des Franquismus erinnern, umzubenennen. Vgl. M. Duch Planas, *Toponimia franquista en democracia*, in: C. Forcadell u. a. (Hrsg.), *Usos públicos de la historia*, Zaragoza 2002, Bd. I, S. 377-90.

Ebene, auf der ein politischer und symbolischer Dialog zwischen den spanischen Linken und den katalanischen, galicischen und baskischen Nationalisten möglich war.¹⁴

Auf Seiten der spanischen Rechten, und besonders der konservativen Regierung Aznars (März 1996 bis März 2004), ließen sich seit dem Ende der 1980er Jahre verschiedene Varianten des patriotischen Diskurses nachzeichnen:¹⁵

a) Die nostalgische Erinnerung an den Nationalkatholizismus der Franco-Zeit, die in erster Linie bei einer Minderheit rechtsextremistischer Gruppen sichtbar wurde, die aber manchmal auch im Diskurs der intellektuellen Exponenten der bis vor kurzem regierenden Konservativen auftauchte. Das galt zum Beispiel für das starke Gewicht, das dem Katholizismus zugemessen wurde, oder für die Betonung einiger Gründungsmythen, wie dem der *Reconquista* (wobei bei der historischen Definition der Hispanität der Beitrag der auf spanischem Boden lebenden Juden und Mauren nicht beachtet wurde) oder dem der Eroberung und Kolonisierung Amerikas. Auch die Sehnsucht nach dem Weltreich, das zwischen dem 17. Jahrhundert und 1898 verloren ging, und die Betonung der Hispanität als Grundlage für eine kulturelle und politische Expansion gehörten zu diesem Diskurs, wie auch der Wille, den Einfluss Spaniens als neue Weltmacht auszuweiten, ein Ziel, das die Regierung Aznar seit 2001 mit ihrer außenpolitischen Orientierung nachdrücklich verfolgte.

b) Der „regionalistische“ Nationalismus: Es wurden regionale Symbole und Diskurse als Ventil eingesetzt, um auf legitime Art die spanische Nation auf dem Weg über die regionale Heimat wiederzuentdecken. Diese Variante trat in besonders deutlicher Form in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre auf, so zum Beispiel im Fall des Neoforalismus in Navarra, beim au-

14 Natürlich ist es eine ganz andere Frage, ob das Gedächtnis des „peripheren“ Widerstandes gegen den Franquismus der historischen Wirklichkeit entspricht. So schlossen sich zum Beispiel Teile des gemäßigten und konservativeren Flügels des katalanischen Nationalismus dem aufständischen Lager an. Auch die baskischen Nationalisten, die 1936 katholisch und tendenziell konservativ orientiert waren, kämpften nicht im Namen der Republik gegen die franquistischen Truppen, sondern v. a. aus der Überzeugung heraus, dass nur die linksrepublikanische Regierung die regionale Autonomie gewährleisten konnte. Schon damals hielten viele Nationalisten den Bürgerkrieg für einen „Angriff“ Spaniens auf die peripheren Nationen, eine Einschätzung, die man noch heute von manchen Intellektuellen des Baskenlandes, Galiciens und Kataloniens hören kann.

15 Vgl. X. M. Núñez, From national-catholic nostalgia to „constitutional patriotism“: Conservative Spanish nationalism since the early 1990s, in: S. Balfour (Hrsg.), *The Politics of Contemporary Spain*, London 2004, S. 121-145.

tonomischen Neoregionalismus des Präsidenten der galicischen Regionalregierung, Manuel Fraga (dessen politisches Vorbild der bayerische Regionalismus der CSU war), oder beim PP auf den katalanischsprachigen Balearen.

c) Ein *reaktiver* Nationalismus, der sich aus der ununterbrochenen dialektischen und politischen Auseinandersetzung mit den peripheren Nationalbewegungen, und ganz besonders mit dem Terrorismus von ETA nährte. Dieser Diskurs entwickelte sich durch den Widerstand gegen den Terrorismus in gewisser Weise zu einem legitimierenden Agenten, auf den der spanische neokonservative Patriotismus nicht verzichten konnte, wie selbst einige dem PP nahestehende Intellektuelle zugaben. Diese Tendenz ließ sich schließlich mit der vierten Variante kombinieren:

d) Der demokratische Neopatriotismus, der sich ganz besonders bemühte, mit Rückgriff auf den Regenerationismus vom Beginn des 20. Jahrhunderts ein Konzept Spaniens als eine plurale Nation zu entwerfen. Dieser Diskurs stützte sich zum einen auf die *objektive* historische Entwicklung der Nation, zum anderen auf ihre neue Legitimation durch die Verfassung von 1978 und den Staat der Autonomen Gemeinschaften, dessen institutioneller Ausbau als definitiv abgeschlossen galt. Die Vertreter des neopatriotischen Denkens griffen sogar den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ auf;¹⁶ sie begründeten ihn einerseits mit Rückgriff auf die frühneuzeitliche Geschichte Spaniens, appellierten aber andererseits vorwiegend an den Stolz auf kollektive Symbole, wie die Flagge oder die Hymne.¹⁷

2. Den Bürgerkrieg und die Diktatur vergessen, um die Nation zu retten

Welche Rolle spielte bei dieser Entwicklung die Erinnerung an den Bürgerkrieg und an die Diktatur? In dieser Frage haben sich die Rechten und die Linken immer noch nicht einigen können, was einen antifaschistischen Konsens weiterhin zum Scheitern verurteilt hat, mit unmittelbaren Auswirkungen auf praktische Fragen der Tagespolitik. Wie die Ereignisse vom März 2004 nach dem unerwarteten Wahlsieg des PSOE gezeigt haben, scheint es der spanischen Linken weiterhin gerade auch hinsichtlich der Wirkung nach außen politisch eher vertretbar zu sein, eine Koalition mit den peripheren Nationalbewegungen zu bilden, anstatt eine spanische

16 Vgl. M. San Gil/J. Piqué, El patriotismo constitucional del siglo XXI, politisches Program des XIV. Parteitag der PP, Madrid 25-27 Januar 2002, zugänglich in: www.ppvizcaya.com/pages/patrio.html.

17 Centro de Estudios Políticos y Constitucionales (Hrsg.), Símbolos de España, Madrid 1999.

patriotische Allianz in Betracht zu ziehen, eine Konstellation, die z. B. in Frankreich undenkbar wäre. Lediglich im Baskenland ist eine Allianz mit den peripheren Nationalisten nicht vorstellbar.

Doch gerade die spanischen Konservativen beharren bei ihren Entwürfen eines neuen „demokratischen Patriotismus“ weiterhin auf der Notwendigkeit, einige Abschnitte der kollektiven Vergangenheit Spaniens zu *überwinden* und sogar zu *vergessen*, da sie ganz einfach als *peinlich* gelten. Das gilt besonders für den Bürgerkrieg und die franquistische Diktatur, die man einfach als „Anormalität“ oder als eine Art „Ausnahmestand“ der jüngsten spanischen Geschichte darstellt. Durch das Vergessen soll ein Teil der jüngsten Vergangenheit verdrängt und auch überwunden werden, um das nationale Bewusstsein Spaniens zu stärken und die nationale Kohäsion zu garantieren – mit dem Vorteil, dass dann keine politische Gruppe die Erinnerung an den Bürgerkrieg in der politischen Diskussion einsetzen und manipulieren kann.¹⁸ Obwohl seit Ende der 1990er Jahre die Historiker und auch Vertreter anderer Wissenschaften ein neues Interesse an der Erinnerung an die Opfer des Bürgerkrieges gezeigt haben, das in weiten Teilen der spanischen Öffentlichkeit ein Echo gefunden hat, unterstreicht der offizielle neopatriotische Diskurs der bis März 2004 regierenden Konservativen nachdrücklich, dass der Franquismus definitiv in die Vergangenheit gehört und unter einem Grabstein des Vergessens begraben werden sollte.¹⁹ Seine ununterbrochene Instrumentalisierung durch die Linken und die peripheren Nationalismen seien lediglich ein Beweis für die Ressentiments und die veralteten Ansichten dieser Gruppen, die ein klares Interesse hätten, längst überwundene Debatten in das 21. Jahrhundert zu tragen. In diesem Sinne hat ein einflussreicher konservativer Journalist behauptet, das spanische Parlament habe zu viel Zeit darauf verschwendet, über die „Schuld“ der spanischen Rechten am Ausbruch des Bürgerkrieges zu debattieren, anstatt sich wichtigeren Fragen zu widmen, wie den konstant steigenden Wohnungspreisen ...²⁰ Dementsprechend wirft man den jüngsten Bemühungen um eine Aufarbeitung der Erinnerung an die Opfer der Diktatur vor, für das Weiterleben der politischen Spaltung im heutigen Spanien mitverantwortlich zu sein.

18 Vgl. M. Álvarez Tardío, *Pactar un olvido colectivo o denunciarlo. El control público de la memoria histórica*, in: *Nueva Revista* 85 (2002), S. 15-26, und M. A. Quintanilla, *A propósito del patriotismo. Autoestima o autocondena, límites de la conciencia histórica*, in: *Nueva Revista* 85 (2003), S. 9-14.

19 San Gil/Piqué, *El patriotismo constitucional* (Anm. 16), S. 12-15.

20 G. Yanke, *Ser de derechas. Manifiesto para desmontar una leyenda negra*, Madrid 2004, S. 17-18.

Im Einklang mit dieser neuen Ideologie des spanischen Neopatriotismus, wie ihn der PP vertritt, behauptet Edurne Uriarte, eine baskische Professorin für Politikwissenschaften und Theoretikerin des konservativen Diskurses des spanischen Patriotismus, in ihrem jüngst erschienen Buch *Spanien, Patriotismus und Nation*,²¹ dass sich die Mehrheit der Spanier in keiner Weise an die Jahre des Bürgerkrieges und des Franquismus erinnert. Ganz im Gegenteil seien die meisten Spanier sehr stolz auf die kollektive Errungenschaft des erfolgreichen Demokratisierungsprozesses und interessierten sich kaum für die „vereinzelt Debatten“ über die Reminiszenzen des franquistischen Regimes, wie z. B. die Denkmäler für die Gefallenen des Bürgerkrieges, Straßennamen oder andere Erinnerungsorte – Reminiszenzen, deren Existenz auch von den Konservativen durchaus zur Kenntnis genommen wird. Auch wenn keiner der dem PP nahestehenden Intellektuellen diese Überbleibsel gutheißt, werden sie doch indirekt mit dem Argument entschuldigt, dass sich die jungen Generationen nicht dafür interessierten.²² In ganz ähnlicher Weise haben auch die früheren politischen Loyalitäten der zwei letzten Generationen der Spanier keine Bedeutung mehr in den aktuellen politischen Debatten und gelten den Konservativen nicht mehr als Grund zur Beunruhigung oder als Ursache politischer Instabilität. Insofern scheint es, als habe der Neopatriotismus des PP nicht nur die Vergebung, sondern auch das völlige Vergessen mit Erfolg verfochten.

Aber nicht alle Vergangenheiten lassen sich vergessen, selbst wenn man ununterbrochen darauf beharrt, dass einzig die Orientierung hin auf die Zukunft von Bedeutung sei. Deswegen werden manche Vergangenheiten auch von den konservativen Neopatrioten neu gedeutet. So vertreten sie die Meinung, dass die kommenden Generationen die *pessimistische* Sicht der Geschichte ihres Landes überwinden müssen, derzufolge der langsame Untergang des Weltreiches das Geschick Spaniens seit dem 17. Jahrhundert bestimmte, während der Staat sich seit Beginn der Neuzeit vor allem durch Rückständigkeit und Ineffizienz auszeichnete. Eine Geschichtswissenschaft, die eine solche Interpretation vertritt, gilt in ihren Augen als veraltet, als Erbe und Relikt des überaus schädlichen Pessimismus der Intellektuellengeneration des Jahres 1898, das sich im Denken der Generation von 1914 und der Exilierten des Jahres 1939 fortgeschrieben hat. In deren Tradition wurde Spanien als ein Weltreich gesehen, das seit Beginn des 17. Jahrhunderts in einem Prozess des kontinuierlichen Niederganges begriffen war, als ein Ort, an dem Unwissenheit und religiöser Fanatismus das Leben beherrschten,

21 E. Uriarte, *España, patriotismo y nación*, Madrid 2003, S. 159-62.

22 E. de Diego Villagrán, *La España posible*, Madrid 1999, S. 39 ff.

und als ein ineffizienter Staat, der sich der Modernisierung verschloss; Spanien schien von einer Art Ursünde befallen, die die Historiker jetzt untersuchen.²³ Ein neues nationales Projekt brauchte deshalb nicht nur eine neue Deutung der jüngsten Vergangenheit, sondern auch eine Reinterpretation der weiter zurückliegenden Epochen, um deren positive Leistungen hervorzuheben, ohne aber in mystische Erzählweisen zu verfallen. Demnach entspräche die pessimistische Version eher einem Diskurs der Linken, allgegenwärtig in den siebziger Jahren, der inzwischen nicht mehr en Vogue ist.

Man sollte meinen, dass der konservative Neopatriotismus die spanische Geschichte eher ausgehend vom Nullpunkt der erfolgreichen Transition aus schreiben würde. Doch dem ist nicht so; er betrachtet durchaus auch weiter zurückliegende Epochen, wobei allerdings – manchmal indirekt, manchmal offen – in den historischen Erinnerungen die schwierigen Jahre (Bürgerkrieg und Franquismus) umgangen werden. Dagegen werden innerhalb der spanischen Geschichte diejenigen Perioden beansprucht, die sich durch ein Merkmal auszeichnen, das erst jetzt an Gewicht gewonnen hat: die parlamentarische und konstitutionelle *Stabilität*. Dementsprechend gehört zu den bevorzugt betrachteten Epochen der spanischen Geschichte die erste Phase der parlamentarischen Monarchie der bourbonischen Restauration (1874–1898). Damit einher geht die Wiederentdeckung von Persönlichkeiten wie dem konservativen Politiker Antonio Cánovas del Castillo, erster Premierminister der Restaurationsmonarchie und Schöpfer des Systems des seit 1885 funktionierenden gewaltlosen Alternierens der zwei „dynastischen“ Parteien an der Macht (*turnismo*), wie im Jahr 1997 anlässlich seines 100. Todestages deutlich zum Ausdruck kam.²⁴

Die Rekonstruktion dieses *erneuerten* historischen Gedächtnisses hängt allerdings weiterhin in hohem Maße von verschiedenen Meistererzählungen des historischen Diskurses des 19. Jahrhunderts, natürlich vor allem vom franquistischen Nationalismus ab. Insofern überrascht es kaum, dass in diesem Diskurs ganz offen die Wiederentdeckung solcher Persönlichkeiten und historischen Figuren des spanischen Goldenen Zeitalters gefördert wird, die die territoriale Einheit Spaniens repräsentieren, wie z. B. die Habsburger Kaiser Karl V. und König Philip II. oder die Königin Isabella, *die Katholische*. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Ausstellungen und Projekte organisiert, wobei die konservative Regierung so altherwürdige, aber auch

23 De Diego Villagrán, *España posible* (Anm. 22), S. 101-102; Uriarte, *España* (Anm. 21), S. 166-68.

24 A. Bullón de Mendoza/L. E. Togados Sánchez (Hrsg.), *Cánovas y su época*, Madrid 1999.

verknöcherte Institutionen wie die Madrider *Real Academia de la Historia* (Königliche Akademie der Geschichte) großzügig finanziell unterstützte. Diese Institution verfolgt ganz unverhüllt das Ziel, die Geschichte Spaniens neu zu schreiben und dabei die imperiale Größe des Landes zu beschwören, und das in einem Stil, der sich kaum vom dem der franquistischen Geschichtsschreibung entfernt hat.²⁵

Doch das Interesse an einer Wiederentdeckung der wichtigsten Momente der spanischen Vergangenheit, insbesondere der Jahrhunderte des Weltreiches, ist auch in der spanischen Öffentlichkeit spürbar. Das beweisen etwa die unerwarteten Publikums- und Verkaufserfolge der Biographien einiger Persönlichkeiten des 16. Jahrhunderts, wie die der Königin Juana (der Mutter Karls V.) und des Königs Philipp II., verfasst von einem altgedienten Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit und Mitglied der Königlichen Akademie der Geschichte.²⁶ Die Betrachtung der *goldenen* Epochen der spanischen Geschichte, die zum guten Teil weiterhin auf einer eher *wohlwollenden* Interpretation der Eroberung und Kolonisierung Amerikas durch die spanische Monarchie beharrt, nährt sich aus ähnlichen Quellen wie die spanische nationalistische Geschichtsschreibung des ausgehenden 19. Jahrhunderts.²⁷ Manch einer geht noch weiter und denkt daran, den Widerstand der Iberer gegen Römer und Karthager während der Antike in die spanische Nationalgeschichte wieder einzugliedern. Einige Publizisten mit erheblicher Wirkungsmacht in den Medien haben keine Scheu, die Ursprünge Spaniens bis in die Zeiten vor der römischen Eroberung (3. Jahrhundert v. C.) oder bis zum mythischen frühiberischen Königreich Tartessos zurückzuverfolgen.²⁸ Unlängst behauptete Gabriel Cisneros, einer der Väter der spanischen Verfassung und einflussreicher konservativer Abgeordneter, als politische Einheit gehe Spanien auf die dynastische Verbindung der Königreiche von Kastilien und Aragonien zurück, als *ontologische* Einheit jedoch mindestens auf die Epoche der römischen Besiedlung.²⁹

25 Vgl. Real Academia de la Historia, España. Reflexiones sobre el ser de España, Madrid 1997, und dies., España como nación, Barcelona 2000.

26 Vgl. z. B. M. Fernández Álvarez, Carlos V, el César y el hombre, Madrid 1999.

27 A. Sáez-Arance, Auf der Suche nach einem neuen „demokratischen Zentralismus“? Nationalkonservativer Geschichtsrevisionismus im Spanien der Jahrhundertwende, Vortrag auf der Tagung *Diktaturbewältigung, Erinnerungspolitik, Geschichtskultur – Polen und Spanien im Vergleich*, Breslau/Kreisau, 12-15 Juni 2003.

28 F. Jiménez Losantos, Los nuestros. Cien vidas en la historia de España, Barcelona 1999.

29 G. Cisneros Laborda, La España en la que cabemos todos, in: T. Fernández/J. J. Laborda (Hrsg.), España ¿cabemos todos?, Madrid 2002, S. 103-24.

Dieses neopatriotische Denken kommt auch in den deutlichen Bemühungen um die Wiedereinführung einer klassisch narrativen und chronologischen Geschichte Spaniens im Schulunterricht zum Ausdruck, ein Vorhaben, das das spanische Bildungsministerium seit 1997 ganz offen betreibt.³⁰ Dasselbe gilt für die Bevorzugung der konservativsten Vertreter und Institutionen der spanischen historischen Wissenschaften, die den klassischen Postulaten der nationalistischen Geschichtsschreibung in Spanien seit dem 19. Jahrhundert treu geblieben sind.

Neben dieser Wiederentdeckung von bestimmten Epochen und Persönlichkeiten der spanischen (oder sogar der iberischen) Frühgeschichte hat die konservative Regierung auch ein konkretes Interesse daran, einen Teil der jüngsten Geschichte neu zu interpretieren. In einer ersten Phase versuchten die Vertreter des konservativen Patriotismus in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ohne großen Erfolg, die Persönlichkeiten von liberalen und republikanischen Politikern der „bürgerlichen“ Linken der II. Republik (1931–1936) in Anspruch zu nehmen. Das galt vor allem für Manuel Azaña (Präsident der II. Republik während des Bürgerkrieges und 1940 in Frankreich verstorben), dessen Erinnerung von einigen konservativen Politikern und von José María Aznar höchstselbst heraufbeschworen wurde.³¹ Diese besondere Vorliebe für Azaña lag zum Teil auch daran, dass dieser die peripheren Nationalismen, vor allem den baskischen Nationalismus, ablehnte. Doch seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre änderte sich das Panorama, und jetzt wurden die Jahre der Republik und des Bürgerkrieges sorgfältig umgangen, während man jetzt lieber an weiter zurückliegende und weniger konfliktive Epochen erinnerte. Das galt zum Beispiel für die schon erwähnte Aufwertung des politischen Systems der bourbonischen Restauration, die besonders aufgrund ihrer Stabilität gelobt wurde. Der Tod von Cánovas del Castillo im Jahr 1897 durch einen Anschlag eines anarchistischen Terroristen schien sogar implizit zu symbolisieren, dass sich die anschließende politische Instabilität, die zur ersten autoritären Krise während der Diktatur des Generals Primo der Rivera (1923–1930) und später zum Chaos der II. Republik und deren Untergang im Bürgerkrieg führte, vor allem auf die Ungeduld der Linken und später der peripheren Nationalisten zurückzuführen sei – und dass sie nicht, wie seit den 1960er Jahren der Großteil der spanischen Historiker urteilte, auf die Unfähigkeit der politischen Führungseliten der Restaurationsmonarchie zurückzuführen war, eine völlige Demokratisierung

30 Vgl. J. M. Ortiz de Orruño (Hrsg.), *Historia y sistema educativo*, Madrid 1998.

31 J. M. Aznar, *España, la segunda transición*, Madrid 1994; F. Jiménez Losantos, *La última salida de Manuel Azaña*, Barcelona 1994.

des Landes zu ermöglichen. Eine ähnliche Situation ließe sich dann, so lautete die konservative Interpretation der Geschichte, für das demokratische Spanien nach 1975 diagnostizieren: ganz ähnlich wie in den dreissiger Jahren versuche ein Teil der Linken und der peripheren Nationalbewegungen mit ihren Forderungen erneut, den in der Transition erreichten Konsens und sogar die Einheit Spaniens zu durchbrechen. Der Vorwurf eines Mangels an patriotischem Denken auf Seiten der spanischen Linken, deutlich sichtbar seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, und ganz besonders evident in der politischen Zusammenarbeit der Linksparteien mit den regionalen *Separatisten* in den Jahren der Zweiten Republik und des Bürgerkrieges, wurde somit zu einem Bestandteil des neopatriotischen Diskurses.³² Aus dieser Perspektive ist es nur folgerichtig, dass die Vertreter des neuen Patriotismus den spanischen Sozialisten anlasten, seit Beginn der Demokratisierung im Jahr 1975 aus den Erfahrungen der dreissiger Jahre nichts gelernt zu haben und vor allem seit 2003 die politischen Fehler der II. Republik zu wiederholen, eine klare Anspielung auf das politische Bündnis der Linken mit den Separatisten gegen die heutigen „Nationalkonservativen“.³³

Dieses offizielle historische Gedächtnis der spanischen Konservativen, das in gewisser Weise als ein patriotisches Gedächtnis kultiviert wird, vermeidet es möglichst, den Franquismus anzusprechen. Zwar lehnen die Konservativen in ganz allgemeinen Begriffen dieses Regime ab, doch gleichzeitig übergehen sie zentrale, aber besonders sensible Aspekte, wie z. B. die brutale Repression der Verlierer des Bürgerkrieges durch die Sieger. Immerhin erklärten sich die Abgeordneten des PP im November 2002 im spanischen Parlament bereit, eine Resolution zu unterschreiben, die das franquistische Regime verurteilte und die Opfer des Franquismus ganz ausdrücklich würdigte. Doch gleichzeitig rechtfertigten die Konservativen diesen Schritt allein mit der Notwendigkeit, die öffentliche Diskussion über das Leiden vergangener Generationen zu beschließen, vor allem, um eine mögliche „politische Manipulation“ dieser Debatte zu vermeiden. Und nicht zuletzt darf man nicht vergessen, dass diese Geste nur durch den Druck der Gesamtheit der Parteien, die zu diesem Zeitpunkt die Opposition im Parlament bildeten, erreicht wurde.

32 J. M. Marco, *Las raíces de la izquierda española*, in: *El Mundo* vom 10. Febr. 2004, S. 4-5.

33 P. Moa, *Contra la mentira: Guerra civil, izquierda, nacionalistas y jacobinismo*, Madrid 2003; ders., *La idea de España en la II República*, in: J. M. Lassalle (Hrsg.), *España, un hecho*, Madrid 2003, S. 199-230.

Es erscheint fast als eine Art Kompensation für dieses Zugeständnis, dass seit Anfang 2002 die revisionistischen Thesen einer neuen Generation von professionellen und nicht professionellen Historikern ganz offensichtlich Unterstützung in einigen Medien finden, vor allem durch einige dem PP nahestehende Journalisten und das zweite Programm des öffentlichen spanischen Fernsehens. Das gilt zum Beispiel für Pío Moa, einen ehemaligen Kommunisten, der in den siebziger Jahren sogar Mitglied einer links-extremistischen Terrororganisation war. Sein kürzlich erschienenen Buch *Los mitos de la Guerra Civil* (Die Mythen des Bürgerkrieges), ein wahrer Verkaufserfolg,³⁴ aber auch ähnliche Bücher anderer Historiker, rücken neue Argumente in das Zentrum ihrer Darstellung, wie die Verantwortung der Linken und der liberalen Republikaner am Ausbruch des Bürgerkrieges; manche behaupten gar, dass der erste Staatsstreich nicht von Franco, sondern von Präsident Azaña unternommen wurde. Ebenso betonen diese Autoren die Tatsache, dass es während des Krieges auch auf der republikanischen Seite repressive Massnahmen gab, die auf mehr oder weniger irreguläre Weise vor allem von den parteigebundenen Milizen ausgeübt wurden, um mit diesem Vergleich die Dimensionen der franquistischen Repression zu verharmlosen. Damit wird auf ähnliche Argumente zurückgegriffen, die vergleichsweise auch von revisionistischen Historikern des Holocaust eingesetzt werden, indem zum Beispiel die Zahl der Opfer des Franquismus mit der Anzahl der Toten verglichen wird, die die alliierten Bombardements von 1944/45 auf deutsche Städte erforderten. Indem man suggeriert, dass ein Sieg eines Regimes der „Anderen“ noch schlimmere Folgen gehabt hätte, versucht man, das Ausmaß der Repression der Diktatur zu relativieren. In gewissen Weise passen diese Thesen zur Vorliebe der Konservativen für das bourbonische Restaurationssystem, denn sie implizieren, dass die Ungeduld und die Intoleranz der Linksrevolutionäre und der regionalen *Separatisten* das Fortbestehen einer „gemäßigt“ orientierten Republik, quasi einer demokratisierten Fortsetzung der Restaurationsmonarchie, verhinderten. Aus dieser Perspektive läßt sich die politische Verantwortung für den Ausbruch des Bürgerkrieges sowohl den Republikanern als auch den Franquisten zuweisen, so dass keine der beiden Seite eine besondere Berechtigung beanspruchen könnte, eine Aufarbeitung der Erinnerung an die eigenen Opfer zu verlangen.

Solche Initiativen, die eine „Revision“ der Geschichte des Bürgerkrieges und des frühen Franquismus bezwecken, sind nicht neu. Aber sie kamen vorher aus Kreisen der alten Nostalgiker des Franquismus und des Rechts-

34 P. Moa, *Mitos de la guerra civil*, Madrid 2002.

extremismus und erreichen erst jetzt ein breiteres Publikum, nicht zuletzt, weil ihren Verfechtern eine mediale Plattform zur Verfügung gestellt wird, die ihren Thesen ein größeres Echo in der Öffentlichkeit sichert. Eine weitere Verstärkung erhalten sie dadurch, dass einige wenig prominent aber professionelle Historiker vergleichbare Interpretationen vorgebracht haben. In ihren Büchern, wie in der neuen Geschichte der spanischen Kolonialkriege in Afrika (1909–1927), stellen sie die späteren Protagonisten des Putsches gegen die Republik, wie General Millán Astray, der mit Francisco Franco 1921 die spanische *Legión* in Marokko gründete, in einem positiven Licht dar. Dasselbe gilt für die Neubewertung des Anführers der antidemokratischen Rechten in den 1930er Jahre, José Calvo Sotelo, der am Vorabend des Putsches von republikanischen Polizisten ermordet worden war und dem das franquistische Regime als prototypischen Märtyrer des „nationalen Kreuzzugs gegen den Bolschewismus“ gedachte.³⁵

Diese konfliktiven Visionen der Geschichte und des historischen Gedächtnisses des Bürgerkrieges profitieren in hohem Maße von der anhaltenden Distanz zwischen dem offiziellen und sozialen Gedächtnis des Bürgerkrieges einerseits und dem historischen Gedächtnis, das sich auf der Grundlage der historischen Erkenntnis konstituiert, andererseits.³⁶ Diese Situation generiert eine Art publizistische Dialektik, für die es durchaus einen verlegerischen Markt gibt, aber auch ein Echo in der Öffentlichkeit, die in gewisser Weise immer noch in zwei konkurrierende *Lager* gespalten ist. So bemühen sich die Linken, und insbesondere unparteiliche Organisationen der Zivilgesellschaft wie die *Asociación para la Recuperación de la Memoria Histórica*, die Erinnerung an die in versteckten Massengräbern bestatteten Opfer der franquistischen Repression aufzuarbeiten. Im Gegenzug haben sich einige Sektoren der konservativen öffentlichen Meinung auf die Notwendigkeit besonnen, die Leichen von etwa 4.000 Gefallenen der spanischen Blauen Division, die noch in Rußland begraben liegen, zu bergen und nach Spanien zu überführen.³⁷ Ein weiteres Argument ist der beharrliche Hinweis auf die Repression der republikanischen Seite während des Bürgerkrieges. Das zeigt die positive Rezeption des Romans *Soldados de Salamina* (Soldaten von Salamis) des Schriftstellers Javier Cercas durch die konser-

35 Vgl. A. Bullón de Mendoza, José Calvo Sotelo, Barcelona 2004; A. Bullón de Mendoza/L. E. Togores Sánchez (Hrsg.), *Revisión de la Guerra Civil*, Madrid 2002; L. E. Togores Sánchez, Millán Astray, legionario, Madrid 2003.

36 M. Yusta, *Histoire et mémoire de la Guerre Civile dans l'historiographie espagnole contemporaine*, in: *Matériaux pour l'Histoire de Notre Temps* 70 (2003), S. 51-58.

37 F. Garrido Polonio/M. A. Garrido Polonio, *Nieve Roja. Españoles desaparecidos en el frente ruso*, Madrid 2002.

vativ orientierte öffentliche Meinung, obwohl es in dem Buch letztlich nicht explizit darum geht, die franquistischen Opfer der republikanischen Repression wieder zu Ehren zu bringen, sondern vielmehr den anonymen Milizionär, der einem falangistischen Schriftsteller das Leben rettet und danach auf Seite der Alliierten im Zweiten Weltkrieg kämpft.³⁸

3. Schlussfolgerung

Trotz der Debatten, die in der öffentlichen Meinung sehr präsent sind, und trotz des neuen Interesses für den Bürgerkrieg gerade in der jüngeren Generation – ein Phänomen, das der Madrider Historiker Santos Juliá den *Blick der Enkel* genannt hat³⁹ –, kreist die wichtigste Botschaft des spanischen Neopatriotismus konservativen Zuschnitts nicht um eine nationale Legitimation, die sich auf einen gemeinsamen antifaschistischen Konsens und auf die gemeinsame Bewältigung der Diktatur stützt, wie es nach 1945 in Frankreich oder Italien geschehen ist. Vielmehr geht es dem konservativen Neopatriotismus darum, die Modernisierung Spaniens nach 1975 hervorzuheben, deren Beginn sogar auf die Jahre davor zurückdatiert wird, so dass man auf das spätf franquistische Bild von Franco als erstem „Modernisierer Spaniens“ zurückgreifen kann. Die neopatriotischen Denker betonen vor allem den Erfolg der Transition als einen Verdienst, der allen Spaniern gemeinsam ist, während sie gleichzeitig versuchen, einen Krieg und ein Regime, das angeblich für die junge Generation keine Bedeutung mehr hat, in die Vergessenheit versinken zu lassen, um die „Debatten der Vergangenheit“ zu beenden. Gleichzeitig unterstreichen die konservativen Autoren, dass es einen Gegner gibt, der allen Spaniern bedroht; die *Anderen*, die die patriotische Selbstbestätigung legitimieren, finden sich nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart: der ethnische periphere Nationalismus, der sich einer *Hispanität* widersetzt, die mit einer gemeinsamen Geschichte und mit der Verfassung legitimiert wird, und als extremer Ausdruck

38 J. Cercas, *Soldados de Salamina*, Barcelona 2001 [deutsche Ausgabe: *Soldaten von Salamis*, Berlin 2002]. Einige Autoren sind allerdings der Meinung, dass der Verkaufserfolg des Romans von Cercas viel damit zu tun hat, dass konservative Leser in seinen Seiten genügend Elemente für eine positive „Neubewertung“ einer Figur wie dem faschistischen Intellektuellen Sánchez Mazas finden. In diesem Fall könnte der Roman *Soldados de Salamina* paradoxerweise auch als eine revisionistische Interpretation des spanischen Bürgerkrieges gelesen werden. Vgl. J. Font i Agulló, ¿Está (de nuevo) la historia en pañales? Consideraciones a propósito de una lectura crítica de la novela *Soldados de Salamina*, in: *Historia del Presente* 3 (2004), 179-83.

39 S. Juliá, *Echar al olvido: Memoria y amnistía en la transición*, in: *Claves de Razón Práctica* 129 (2003), S. 14-24.

dieses *Anderen* steht die Gewalt von ETA und deren politischen Verbündeten. Die Tatsache, dass ETA ihre Ursprünge gerade in den Exzessen der Repression des Franquismus hat, scheint dabei keine Bedeutung mehr zu haben. Ganz im Gegenteil ist es der Terrororganisation letztlich gelungen, dem spanischen Nationalismus konservativer Prägung zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Motiv zu geben, seine Postulate mit denen der Verteidigung der Demokratie und den individuellen Rechte zu vereinbaren.

Die Tatsache, dass die konservative Rechte es weiterhin vorzieht, den Franquismus, diese *Vergangenheit, die nicht vergeht*, unter einer Decke des Schweigens zu verbergen, anstatt sich kritisch mit den eigenen Wurzeln auseinanderzusetzen, führt jedoch zu einer dauernden Spaltung zwischen den patriotischen Projekten der Rechten und der Linken. Dabei wirft jedes „patriotische“ Lager der spanischen Öffentlichkeit dem jeweils anderen vor, nicht patriotisch genug zu sein, das Land zu verraten und sich den gemeinsamen patriotischen Diskurs einseitig anzueignen. Nur dort, wo in der Gegenwart die Herausforderung durch die peripheren Nationalbewegungen und durch die ethnoterroristische Gewalt groß genug ist, um eine Überwindung der Vergangenheit zu ermöglichen, bildet sich so etwas wie eine gemeinsame *verfassungspatriotische Identität*. Aber diese Enterte ist weiterhin zerbrechlich: Das zeigen die internen Debatten im baskischen PSOE in bezug auf die Frage der Legitimität einer Allianz mit dem PP in den baskischen Provinzen. Offensichtlich reicht die Tatsache, dass sich beide Parteien im „verfassungstreuen“ Lager verorten, nicht aus, um die Grundlage für den Brückenschlag zum PP zu bilden. Der ehemalige Ministerpräsident Felipe González hat das in einer kürzlich erschienenen Edition seiner Gespräche mit dem früheren Direktor der linksliberalen Zeitung *El País* ganz direkt ausgesprochen:⁴⁰ José María Aznar hätte keinen Grund, alle peripheren Nationalismen als demokratiefeindlich abzulehnen. Schließlich hätten sowohl der charismatische Führer der katalanistischen Nationalisten Jordi Pujol, bis 2003 Präsident der autonomen Region Kataloniens, als auch er selbst, Felipe González, beide während des Franquismus Verfolgung und Gefängnisstrafe erlitten, während Aznar sich 1978/79 in einer Lokalzeitung in verschiedenen Artikeln gegen die Verfassung aussprach und sich vorher sogar als Anhänger des Begründers der spanischen faschistischen Partei, José Antonio Primo de Rivera, bezeichnet hatte.

40 F. González/J. L. Cebrián, *El futuro ya no es lo que era*, Madrid 2001.